

**Klausurtagung  
der CSU-Landtagsfraktion  
vom 20. bis 22. September 2022  
in Kloster Banz**



**„Energiekrise: Bürger und Betriebe  
entlasten, Versorgung sicherstellen“**

1 Die derzeitige Energiekrise führt zu massiven Belastungen in unserer Gesellschaft.  
2 Bürgerinnen und Bürger bangen um ihr finanzielles Auskommen, Unternehmerinnen  
3 und Unternehmer fürchten um die Zukunft ihrer Betriebe. Es droht eine tiefe Rezession  
4 mit einem Wegbrechen ganzer Wirtschaftszweige und Wertschöpfungsketten. Das  
5 bisherige Handeln der Ampel-Regierung wird den Herausforderungen nicht im Ansatz  
6 gerecht. Die beschlossenen Maßnahmen sind energie- und wirtschaftspolitisch  
7 unzureichend und benachteiligen die Menschen im ländlichen Raum. Nötig ist ein  
8 zielgenaues Entlastungspaket und wirksame Maßnahmen zur Versorgungssicherheit.  
9 Wir werden dies schaffen, wenn unsere Forderungen umgesetzt werden und sich die  
10 Ampel aus ihren ideologischen Irrwegen löst.

11 **Ordnungspolitisches Handeln jetzt:** Das Entlastungspaket III der Bundesregierung  
12 versucht, nachgelagert Symptome zu lindern. Das ist auf Dauer unzureichend, denn  
13 verantwortungsvolle Politik muss sich mit den Ursachen des marktgetriebenen  
14 Preisanstiegs auseinandersetzen und das Problem an der Wurzel anpacken. Was wir  
15 brauchen, ist ein ordnungspolitischer Ansatz, um den Preisanstieg direkt zu dämpfen  
16 und somit Belastungen für Bürger und Unternehmen von vorneherein besser zu  
17 vermeiden. Dazu fordern wir den Bund auf, jetzt die geeigneten ordnungspolitischen  
18 Maßnahmen auf den Weg zu bringen:

19 • Insbesondere muss der **ordnungspolitische Rahmen bei Mineralölprodukten**  
20 deutlich gestärkt werden, zum Beispiel das kartellrechtliche Instrumentarium  
21 nachgeschärft werden, um mehr Wettbewerb zu schaffen und dadurch die im  
22 Europavergleich überdurchschnittlichen Preise deutlich zu senken. Das wirkt  
23 auch sog. „Übergewinnen“ entgegen.

24 • **Energiepreisbremse:** Die Preisbildung auf dem Gas- und Strommarkt ist aus den  
25 Fugen geraten. Der Strompreis an der Börse liegt seit Beginn des Ukrainekriegs  
26 bis um das zehnfache höher. Diese Notsituation erfordert jetzt  
27 ordnungspolitisches Handeln sowie sofort wirksame, gezielte und zeitlich  
28 begrenzte **Notmaßnahmen auf dem Gas- und Strommarkt**, um die enorm  
29 gestiegenen Energiepreise insbesondere für die Endverbraucher einzudämmen  
30 und zu senken. Wir brauchen einen **Basis-Bürgertarif beim Strom** und endlich  
31 eine konkrete Regelung für eine **effektive Gaspreisbremse**.

32 Dazu muss auch die Situation der privaten und kommunalen  
33 Energieversorgungsunternehmen hinreichend berücksichtigt werden. Wir fordern  
34 vom Bund einen Rettungsschirm für die kommunalen und kleinen  
35 Energieversorger.

- 36 • Gleichzeitig müssen **Anreize für Energieeffizienzsteigerungen,**  
37 **Energieeinsparungen und die Substitution von Erdgas** erhalten bleiben.
- 38 • Die Absenkung der **Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß** muss als  
39 einfache und schnell wirkende Maßnahmen sofort umgesetzt werden.
- 40 • Zudem sind die Einführung eines **Industriestrompreises**, eine Absenkung der  
41 Energiesteuern auf Heizöl, Kraftstoffe und Erdgas auf das europäische  
42 Mindestmaß sowie die Sicherstellung eines umfangreichen und unbürokratischen  
43 Carbon-Leakage-Schutzes erforderlich. Die Gasumlage muss wegfallen.

44 **Mittelschicht entlasten:** Die Ampel vernachlässigt die Mittelschicht bei der Entlastung  
45 von explodierenden Energie- und Lebenshaltungskosten. Stattdessen führt sie durch  
46 eine vermurkste Gasumlage zusätzliche Belastungen ein. Für das 9-Euro-ÖPNV-  
47 Ticket gibt es nach wie vor keine konkrete und sinnvolle Nachfolge, die die Belange  
48 der Länder berücksichtigt und den ländlichen Raum mitdenkt. Der Tankrabatt ist als  
49 Einmalmaßnahme verpufft und greift jetzt im Herbst und Winter nicht mehr. Die  
50 Befristung auf die Sommermonate war ein Fehler, es bedarf einer  
51 Anschlussentlastung. Das dritte Entlastungspaket der Ampel enthält richtige Ansätze,  
52 zum Beispiel zur Unterstützung von Rentnern, die die Ampel bisher vergessen hatte  
53 oder den überfälligen Abbau der kalten Progression. Insgesamt ist allerdings weiterhin  
54 kein Gesamtkonzept erkennbar, es ist zu viel Gießkanne und zu wenig Zielgenauigkeit.  
55 Insbesondere die Pendlerpauschale muss rückwirkend zum Veranlagungszeitraum  
56 2022 ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent angehoben werden. Nötig ist zudem eine  
57 Senkung der Strom- und Energiesteuer auf alle Energieträger auf das europäische  
58 Mindestmaß. Eine spürbare Senkung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel und  
59 eine Reduzierung auf regionale Produkte würde Bürgerinnen und Bürger entlasten  
60 und gleichzeitig einheimische Erzeuger stärken

61 **Mittelstand unterstützen:** Die bayerische Wirtschaft ist durch die hohen  
62 Energiepreise und die unklare Versorgungslage massiv belastet. Hinzu kommen  
63 steigende Material- und Rohstoffpreise sowie auf der Nachfrageseite eine Eintrübung  
64 des Konsumklimas. Diese signifikanten Mehrfachbelastungen gefährden Arbeitsplätze  
65 und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Die  
66 Konjunkturaussichten haben sich stark eingetrübt. Die bisherigen Maßnahmen des  
67 Bundes sind in dieser Lage völlig unzureichend. Von der geplanten Senkung der  
68 Umsatzsteuer auf Gas profitieren Unternehmen in der Regel nicht, stattdessen bleiben  
69 sie auf den Mehrkosten der Gasumlage sitzen. Das  
70 Energiekostendämpfungsprogramm schließt bisher zahlreiche energieintensive  
71 Branchen, zum Beispiel im Handwerk, aus. Auch im dritten Entlastungspaket lässt die  
72 Ampel die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk im Regen stehen.  
73 Unterstützungsmaßnahmen werden völlig vage formuliert und auf die lange Bank  
74 geschoben, im Gegenteil werden mit dem alleinigen Vorpreschen bei der globalen  
75 Mindestbesteuerung sogar neue Belastungen geschaffen. Wir fordern vom Bund  
76 stattdessen sofort wirksame und grundlegende Änderungen des  
77 Energiekostendämpfungsprogramms für die besonders betroffenen energieintensiven  
78 Mittelständler, die Lebensmittel- und Ernährungswirtschaft als existenziell wichtige  
79 Branche sowie die Handwerksbetriebe und eine umfassende Unterstützung der  
80 Transformation in den Betrieben. Ebenso würde eine Ausdehnung des  
81 Verlustrücktrags auf drei Jahre und eine unbefristete Einführung der degressiven  
82 Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens den  
83 mittelständischen Betrieben Luft verschaffen. Zudem muss der Bund in der jetzigen

84 Situation endlich die Rahmenbedingungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit setzen und  
85 mit international wettbewerbsfähigen Steuern und Abgaben sowie einem  
86 umfassenden Bürokratieabbau Perspektiven für neue Investitionen und Arbeitsplätze  
87 schaffen.

88 **Erneuerbare Energien umfassend nutzen:** Wir sind in Bayern bereits bei vielen  
89 Erneuerbaren Energien führend, so bei Photovoltaik, Wasserkraft, Biogas oder  
90 Geothermie. Darauf aufbauend wollen wir alle Formen der Erneuerbaren Energien  
91 weiter vorantreiben und bis 2030 in Bayern den Anteil der Erneuerbaren Energien  
92 verdoppeln. Beim Netto-Zubau im laufenden Jahr 2022 liegen wir zum Beispiel beim  
93 Photovoltaik-Ausbau mit Abstand auf dem Spitzenplatz unter den Bundesländern. Den  
94 Ausbau des Stromnetzes beschleunigen wir durch personelle Verstärkung in den  
95 Genehmigungsbehörden und setzen uns beim Bund für deutlich schnellere Planungs-  
96 und Genehmigungsverfahren ein. Zudem muss der Bund bei den regulatorischen und  
97 finanziellen Rahmenbedingungen endlich gleichwertig alle Erneuerbaren Energien in  
98 den Blick nehmen, anstatt bayerische Stärken, zum Beispiel bei Wasserkraft und  
99 Geothermie, zu benachteiligen.

100 Auch die thermische Verwertung von Holz – Heizen mit Holz – muss möglich bleiben  
101 und in der EU als erneuerbare Energie angerechnet bleiben. Holz verbrennt CO2-  
102 neutral und kann in vielen Mitgliedsstaaten nachhaltig und ohne Gefahr für die  
103 Walderhaltung bereitgestellt werden. So vermeiden wir unsinnige Importe aus  
104 Drittländern mit niedrigeren ökologischen Standards. Deshalb erteilen wir  
105 Nutzungsbeschränkungen und -verbote durch europäische Regelungen eine klare  
106 Absage. Holz und seine thermische Verwertung müssen beim weiteren Ausbau der  
107 erneuerbaren Energien teilhaben.

108 **AKW-Laufzeitverlängerung:** Die Behauptung der Ampel, ein Stromproblem  
109 bestünde nicht, ist bereits seit langem mit Blick auf die Strompreisentwicklung  
110 widerlegt. Nun zeigt der zweite Stresstest zur deutschen Stromversorgung eindeutig,  
111 dass es bei Spitzenbelastungen im Winter zu Lastunterdeckungen und somit auch der  
112 Gefahr von Stromausfällen kommen kann. Dennoch will Bundesminister Habeck aus  
113 ideologischen Gründen zwei Kernkraftwerke nur als Reserve bis Mitte April 2023 am  
114 Netz lassen und eines ganz abschalten. Das ist energie- und wirtschaftspolitisch fatal  
115 und unverantwortlich, zumal allein die technische Eignung von Kernkraftwerken als  
116 Reservekraftwerke höchst fraglich ist. International stößt die ideologische Haltung der  
117 Bundesregierung seit längerem auf völliges Unverständnis. Durch die Verschleppung  
118 des Stresstests ist bereits jetzt wertvolle Zeit verstrichen, um Brennelemente zu  
119 bestellen und die Vorbereitungen für den Weiterbetrieb in den Kraftwerken zu  
120 organisieren. Wir fordern von der Bundesregierung unverzüglich ein klares und  
121 eindeutiges Bekenntnis für eine Laufzeitverlängerung aller drei aktiven Kernkraftwerke  
122 mindestens bis 2024.

123 **Alle Energiepotenziale heben, Gasalternativen nutzen:** In der sich verstärkenden  
124 Energienotlage müssen wir alle verfügbaren Energiepotenziale nutzen, um die  
125 Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Energiepreissteigerungen zu  
126 dämpfen. Die ideologische Verweigerungshaltung der Grünen und Bundesminister  
127 Habeck betrifft nicht nur die Atomkraft. Die Wiederinbetriebnahme von Kohle- und  
128 Ölkraftwerken als kurzfristige Alternative zur Stromerzeugung aus Gas wurde vom  
129 Bund bisher nicht nennenswert vorangebracht. Der Bund muss jetzt sicherstellen, dass  
130 die für die Stromversorgung notwendigen Kohle- und Mineralölkraftwerke zügig in den  
131 Markt zurückkehren. Das Biogaspotential muss vollständig ausgenutzt werden. Dazu

132 müssen unter anderem die Vorgaben zur Vergärungsdauer aufgehoben und die  
133 Genehmigungsregeln im Bundesimmissionsschutzrecht angegangen werden.  
134 Außerdem gilt es jetzt zügig, ergebnisoffen und unter Berücksichtigung der  
135 Umweltauswirkungen zu prüfen, ob und wie die Gasvorkommen in Deutschland  
136 stärker erschlossen werden können. Gaskraftwerke haben im August 2022 sogar über  
137 10 Prozent mehr Strom erzeugt als im Vorjahresmonat. Der Bund muss hier endlich  
138 die Rahmenbedingungen für eine deutlich stärkere Nutzung der Gasalternativen  
139 setzen anstatt eine Mangellage in Kauf zu nehmen und die Energieerzeugung und die  
140 Absicherung des deutschen Stromnetzes bei kritischen Wetterlagen auf das Ausland  
141 abzuwälzen.

142 Der Bund muss außerdem endlich einen konsistenten und ambitionierten Plan zum  
143 Aufbau eines deutschen und europäischen Wasserstoffnetzes vorlegen. Bayern darf  
144 dabei von der Ampel-Koalition nicht benachteiligt werden. Der Anschluss Bayerns darf  
145 nicht hinter dem Anschluss des deutschen Nordens und Westens zurückstehen.  
146 Bayern benötigt dabei nicht nur einen Anschluss von Norden, sondern auch aus dem  
147 Süden Europas.

148 **Gaseinsparungen unterstützen:** Die bayerische Wirtschaft setzt bereits alle Hebel in  
149 Bewegung, um die Abhängigkeit von Erdgas zu reduzieren und alternative  
150 Energieträger zu nutzen. Dies verdeutlicht einmal mehr die Leistungs- und  
151 Anpassungsfähigkeit unserer Betriebe. Bremsklötze bei der Umstellung sind allerdings  
152 langwierige Verfahren und fehlende Rechtssicherheit. Der Bund muss daher  
153 unverzüglich Notfallregelungen in Gang setzen, die bei den Genehmigungsverfahren  
154 für den Brennstoffwechsel zu deutlichen Erleichterungen und maximaler  
155 Beschleunigung führen. Der Bund muss zudem eine entsprechende finanzielle  
156 Förderung der Unternehmen auf den Weg bringen. In Bayern werden wir alle  
157 Anstrengungen unternehmen, um die Betriebe bei einem Brennstoffwechsel zu  
158 unterstützen und die Prozesse maximal zu beschleunigen. Auch das vom Bund  
159 angekündigte Gasauktionsprogramm muss unverzüglich starten, um Einsparungen zu  
160 fördern und Engpässe zu verhindern.

161 **Gasversorgung sicherstellen:** Der Bund hat für diesen Herbst und Winter eine  
162 regionale Ungleichbehandlung bei der Gasversorgung in den Raum gestellt. Dies ist  
163 nicht akzeptabel. Die Ampel-Regierung darf nicht länger Politik gegen den Freistaat  
164 machen. Der Bund muss die Befüllung der Gasspeicher im süddeutschen Raum und  
165 im österreichischen Haidach sicherstellen. Der Bau des für die bayerische Versorgung  
166 wichtigen LNG-Terminals in Lubmin muss maximal beschleunigt werden. Die  
167 bestehende europa- und deutschlandweite Flexibilität des Gasnetzes muss durch den  
168 Bund abgesichert werden. Die Rückmeldungen aus allen Bereichen der Wirtschaft  
169 zeigen, dass eine klare Abgrenzung der Bedürftigkeit und Systemrelevanz im Falle  
170 einer Gasmangellage illusorisch ist. Dennoch scheint die Ampel billigend in Kauf zu  
171 nehmen, dass Unternehmen oder ganze Branchen sowohl in einer Mangellage wie  
172 bereits vorher aufgrund der hohen Energiepreise einfach den Betrieb einstellen und  
173 Insolvenz anmelden. Dies muss verhindert werden. Es ist vordringlichste Aufgabe der  
174 Ampel, die Versorgungssicherheit und Preisstabilität sicherzustellen. Alle kurzfristigen  
175 Energiepotenziale und Gasalternativen müssen genutzt werden.